Einverständniserklärung zur Erhebung, Speicherung und Verarbeitung persönlicher Daten im Einklang mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz

Sie möchten einen unserer Rechtsanwälte* in dessen/deren Funktion als Ombudsperson kontaktieren. Wenn Sie dabei Ihre personenbezogenen Daten (s.u., Ziff. 3) übermitteln, müssen wir die Vorgaben zum Datenschutz beachten. Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass Sie Ihre Meldung auch anonym abgeben können.

Zu unserem Umgang mit Ihren Daten geben wir Ihnen die nachfolgenden Hinweise und dürfen Sie schon jetzt bitten, uns bei Fragen und/oder Bedenken jederzeit persönlich anzusprechen. Im Einzelnen gilt – unter Berücksichtigung der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) – Folgendes:

1. Verantwortliche

(1) Verantwortlich für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten i.S. der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-2018) ist die HEUKING · VON COELLN Rechtsanwälte PartG mbB, Sitz Düsseldorf, AG Essen PR 4154, Prinz-Georg-Straße 104, 40479 Düsseldorf, vertreten durch ihre Partner Christian Heuking und Dr. Sibylle von Coelln, Prinz-Georg-Straße 104, 40479 Düsseldorf.

(2) Persönlich um den Schutz Ihrer Daten kümmern sich die Partner der Gesellschaft, Herr Rechtsanwalt Christian Heuking und Frau Rechtsanwältin/Fachanwältin für Strafrecht Dr. Sibylle von Coelln, die unter derselben Adresse sowie unter mail@hvc-strafrecht.de zu erreichen sind.

2. Beachtung des Datenschutzes und der Datensicherheit

Wir verwenden Ihre Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Dabei haben wir alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit Ihrer Daten zu gewährleisten.

Sie können mit uns per E-Mail verschlüsselt korrespondieren. Dazu müssen zuerst die Verschlüsselungszertifikate ausgetauscht werden. Wenn Sie also Ihren Hinweis verschlüsselt an uns senden wollen, senden Sie uns zunächst eine signierte, aber unverschlüsselte E-Mail mit dem Betreff „Austausch Verschlüsselungszertifikate“, auf die wir dann antworten können. Danach ist eine wechselseitig verschlüsselte Korrespondenz möglich.

* Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit grundsätzlich das generische Maskulinum verwendet. Selbstverständlich sind hiervon Menschen jedes Geschlechts umfasst.

3. Art der erhobenen Daten

Wenn Sie uns mit einem Hinweis oder einer Frage zu einem bestimmten Sachverhalt kontaktieren, können wir grundsätzlich die folgenden Daten erheben bzw. verarbeiten. Der Umfang der Datenerhebung hängt davon ab, wie detailliert Sie uns darüber Auskunft geben:

- Ihren Vornamen und Nachnamen nebst Anrede (Herr/Frau/Divers) und ggf. Titeln,
- Ggf. den Namen Ihres Arbeitgebers und Ihre Position im Unternehmen,
- Ihre Anschrift (geschäftlich und/oder privat),
- Ihre Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk, geschäftlich und/oder privat),
- Ihre persönliche und/oder geschäftliche E-Mail-Adresse,
- Ihre Internetadressen bzw. die Internetadresse Ihres Arbeitgebers sowie
- alle Informationen, die für Ihre Beratung und die Verarbeitung Ihres Hinweises durch uns und/oder die Sachverhaltsaufklärung durch das Unternehmen, für das wir tätig sind, notwendig sind.

4. Zwecke der Datenerhebung

Die Erhebung dieser Daten erfolgt insbesondere,

- um Sie ggf. als Hinweisgeber identifizieren zu können,
- um mit Ihnen korrespondieren und/oder sonst in Kontakt treten zu können,
- um Sie verantwortungsvoll und erfolgreich beraten und Ihren Hinweis weiter verarbeiten bzw. weiterleiten zu können,
- um dem Unternehmen die Weiterverarbeitung des Hinweises und die Sachverhaltsaufklärung ermöglich zu können,
- um eventuelle Haftungsansprüche Ihrerseits gegen uns abwickeln zu können.

5. Anlass für die Datenerhebung

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund Ihrer Kontaktaufnahme zu uns in unserer Funktion als Ombudspersonen und Ihrer damit konkludent erklärten Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten, Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Sie ist überdies zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des von Ihnen gemeldeten Sachverhalts sowie für die Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag mit dem Unternehmen, das uns als Ombudspersonen mandatiert hat, erforderlich, Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

6. Art der Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung

Ihre Daten werden in Abhängigkeit von der Art Ihrer Kontaktaufnahme zu uns sowohl digital als auch in Papierform erhoben, gespeichert und verarbeitet.

7. Aufbewahrungsfristen

(1) Die von uns bei Ihrer Kontaktaufnahme sowie in der Bearbeitung des Hinweises erhobenen personenbezogenen Daten werden grundsätzlich bis zum Ablauf von 10 Jahren nach Abschluss der Untersuchung des von Ihnen gemeldeten Sachverhalts (§§ 199 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BGB, 6 Abs. 1 lit. f DSGVO), mindestens aber während der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, die sich für Rechtsanwälte aus § 50 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ergibt (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das die Bearbeitung des Hinweises beendet wurde), gespeichert bzw. aufbewahrt. Danach werden sie vollständig gelöscht bzw. datenschutzkonform vernichtet, so dass sie von Dritten nicht wiederhergestellt werden können.

(2) Etwas anderes gilt nur, sofern wir aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen (z.B. der Abgabenordnung, des Geldwäschegesetzes etc.) zu einer längeren Speicherung/Aufbewahrung verpflichtet sind (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) und/oder Sie in eine längerfristige Speicherung/Aufbewahrung Ihrer Daten eingewilligt bzw. uns zu einer solchen aufgefordert haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

8. Übermittlung von Daten an Dritte

(1) Ihre personenbezogenen Daten werden dem von dem Sachverhalt betroffenen Unternehmen nur in dem Umfang weitergleitet, in dem Sie sich zuvor damit einverstanden erklärt haben.

(2) Im Übrigen erfolgt eine Weitergabe Ihrer Daten nur, soweit dies für die ordnungsgemäße Bearbeitung des Hinweises erforderlich ist bzw. hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht. Letzteres betrifft insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an Gerichte, Strafverfolgungsbehörden und/oder andere öffentliche Stellen im Zusammenhang mit dem zu untersuchenden Sachverhalt.

(3) Diejenigen Mitarbeiter unserer Kanzlei, die mit Ihren Daten in Kontakt gelangen, unterliegen wie wir selbst einer strengen Verschwiegenheitspflicht, deren Einhaltung wir überwachen.

(4) Auch sonstige Personen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in Kontakt mit Ihren Daten gelangen oder gelangen könnten (z.B. vereidigte Übersetzer), wurden oder werden von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich – worauf sie ebenfalls ausdrücklich hingewiesen wurden oder werden – im Fall eines Verstoßes selbst strafbar.

(5) Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den hier aufgeführten Zwecken erfolgt vorbehaltlich einer anderweitigen individuellen Vereinbarung mit Ihnen nicht.

(6) Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht bleibt unberührt.

9. Einsatz des Videokonferenzsystems „Zoom“

Wir arbeiten mit dem Videokonferenzsystem Zoom, welches für uns insoweit als Auftragsdatenverarbeiter tätig ist. Wir haben, soweit möglich, als Speicherort nur Deutschland und als benutzerdefinierte Rechenzentrumsregionen ausschließlich Deutschland und die Niederlande zugelassen. Durch Standardvertragsklauseln mit Zoom gem. Verordnung EU 2016/679 ist zudem sichergestellt, dass angemessene Datenschutzgarantien auch im Fall internationaler Datenübermittlungen gewährleistet sind. Weitere Informationen über den Datenschutz bei Zoom sind den folgenden Seiten zu entnehmen:

- https://explore.zoom.us/docs/doc/Zoom_GLOBAL_DPA.pdf
- https://explore.zoom.us/de/privacy/
- https://explore.zoom.us/de/terms/
- https://blog.zoom.us/de/sicherheit-und-datenschutz-bei-zoom-unsere-antworten-auf-ihre-fragen/

In der Korrespondenz mit Ihnen setzen wir dieses Videokonferenzsystem nur ein, wenn und soweit Sie diesem Einsatz ausdrücklich zustimmen. Daneben kann ein Einsatz von Zoom zur Aufklärung des von Ihnen gemeldeten Sachverhaltes in der Kommunikation mit Dritten erforderlich sein. Durch Ihre Kontaktaufnahme zu uns stimmen Sie dem Einsatz des Systems für diese Fälle zu.
Wir zeichnen die Gespräche nicht auf. Über die Nutzung der Kamerafunktion entscheiden wir einvernehmlich mit Ihnen.

10. Ihre Rechte

Sie haben das Recht,

- gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung uns gegenüber jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer vorherigen Einwilligung erfolgten Datenerhebung und -verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf hat nur zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen und fortführen werden. Dies wiederum kann dazu führen, dass sich der von Ihnen gemeldete Sachverhalt nicht mehr aufklären lässt und ein potenzielles Fehlverhalten Dritter nicht abgestellt und/oder geahndet werden kann.

- gem. Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft verlangen über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden oder wurden, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt werden oder wurden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts, das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling, und Informationen über die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.
- gem. Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern diese unrichtig oder unvollständig sind.
- gem. Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen. Dies gilt nicht, soweit die Verarbeitung Ihrer Daten erforderlich ist
  - zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
  - zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
  - aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit
  - für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke
  - zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- gem. Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Dies gilt, soweit
  - die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird,
  - die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber die Löschung der Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Datennutzung verlangen,
  - wir die Daten nicht länger benötigen, Sie jedoch die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder
  - Sie gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
- gem. Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.
- gem. Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierbei an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

11. Widerspruch nach § 21 DSGVO

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Falls Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen wollen, richten Sie bitte eine entsprechende E-Mail an mail@hvc-strafrecht.de.

12. Einverständniserklärung

Durch Ihre Kontaktaufnahme zu uns bestätigen Sie, dass Sie diese Informationen zur Erhebung, Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten durch die HEUKING · VON COELLN Rechtsanwälte PartG mbB und deren Mitarbeiter zur Kenntnis genommen haben. Zugleich erklären Sie sich durch Ihre Kontaktaufnahme mit der vorgenommenen Datenerhebung, Datenspeicherung und Datenverarbeitung einverstanden.